

Einladung zur **Kundgebungstrilogie für Cuba 2026**

die am Sonntag, den **14. Juni 2026 ab 14 Uhr** in Berlin stattfindet

1. Station: **Botschaft der USA (Brandenburger Tor)**
2. Station: **Vertretung der EU (Unter den Linden 78)**
3. Station: **Bundeskanzleramt (Willy-Brandt- Platz)**

Dies Aktion machen wir als Teil der europaweiten Kampagne **UNBLOCK CUBA**. Mit der Kampagne wollen wir mit immer neuen Aktionen und über 70 anderen Organisationen aus zwanzig Ländern auf die zerstörerische, 1961 begonnene Blockade der USA gegen Cuba informieren und protestieren. Wir wollen dem wiederholten UN-Votum gegen die US-Blockade Nachdruck verleihen und spürbare Maßnahmen gegen dieses andauernde, und jüngst eskalierte Verbrechen fordern.



Vor jeder der drei Stationen der **Täter und Mittäter** wollen wir jeweils 20 Minuten Statements zum Thema vortragen und Informationsblätter auch an Passant:innen verteilen, weil die kriminelle Blockade und ihre barbarischen Effekte in der Politik noch immer toleriert und in den Medien immer noch verschwiegen werden.

Warum vor der Botschaft der USA?

... weil die USA, ihre Regierung und ihre herrschenden konservativen Kreise die Haupttäter der kriminellen, völkerrechts- und menschenrechtsverletzenden Blockade, der unzähligen Sanktionen und subversiven Aggressionen sowie des Psychoterrors gegen Cuba waren und sind. Ihre imperialistische Politik gegen Cuba ist Teil ihrer internationalen Großmachtpolitik, ihres globalen



Herrschaftsnetzwerkes, ihrer Unterdrückung progressiver Regierungen, Bewegungen und Persönlichkeiten, auch im eigenen Land. Sie versuchen, die in Cuba entstandene und sich weiter entwickelnde sozialistische Gesellschaftsordnung zu vernichten und mit allen Mitteln einen Umsturz zu provozieren („regime change“). Die US-Blockade verletzt Völkerrecht, Handelsrecht und Menschenrecht. Sie richtet in Cuba unermesslichen ökonomischen, sozialen, kulturellen, ökologischen, politischen und emotionalen Schaden an. Und die US-Blockade richtet in anderen, darunter auch „befreundeten“ Staaten gezielt Schäden an: Unternehmen, Banken, Händler und sogar NGOs und Privatpersonen werden durch die „extraterritorialen Effekte“ der USA widerrechtlich bestraft. Sie werden von US-Behörden zu teilweise horrenden Strafzahlungen aufgefordert bzw. gezwungen. Diese Politik der Angst müssen wir stoppen und die UN-Charta mit ihren multilateralen, humanen und friedlichen Zielen retten und stärken.

Warum vor der Vertretung der EU?

... weil die EU noch immer nichts Spürbares und Konkretes gegen die kriminelle US-Blockade unternimmt. Die Blockade gegen Cuba verletzt nicht nur Völker-, Handels- und Menschenrechte, sondern auch nationale Rechte und unsere Souveränität. Die Freiheit unserer Unternehmen, Banken, Händler, Touristen und NGOs wird durch eine ausländische Macht beschränkt und verletzt. Die US-Blockade ist einseitig von den USA gegen ein Nachbarland unter fadenscheiniger Propaganda verhängt worden. Gemäß UN-Charta und Völkerrecht ist diese Blockade ein „kriegsrechtlicher Akt“, wird aber von den Tätern und Mittätern verlogen als „Sanktion“ bezeichnet. Indem die EU nichts gegen die kriminelle US-Blockade unternimmt und sogar die eigene Bevölkerung nicht vor deren negativen Effekten schützt, verletzt sie auch ihre eigenen Prinzipien, ist „Mittälerin“! Dabei hat die EU 1996 eine Resolution erlassen, in der sie den Mitgliedsstaaten auferlegt, sich gegen die US-Blockade zu schützen. Und alljährlich stimmen die Staaten der EU in der UN-Generalversammlung für Cubas Resolution, die ein Ende der Blockade fordert. Aber außer solchen symbolischen Maßnahmen lässt die EU den Täter weiter seine Verbrechen begehen.



Warum vor dem Bundeskanzleramt?

... weil gerade auch die Bundesregierung noch immer nichts Spürbares und Konkretes gegen die kriminelle und menschenverachtende US-Blockade unternimmt. In einigen Verlautbarungen moniert sie die Blockade in allgemein gehaltenen, unverbindlichen Worten. Aber obwohl sie zeitweise im UN-Sicherheitsrat oder auch die EU-Ratspräsidentschaft innehatte, wagt sie sich nicht, den „amerikanischen Freund“ mit seinen brutalen „Wild-West-Methoden“ in die völkerrechtlichen Schranken zu weisen, zu groß ist die Angst vor dem Imperium und seinem irren „MAGA-King“, zu schwach der aufrechte Gang und zu schwach die Wertebasis! Damit ist auch die Bundesregierung noch immer Mittäterin und spielt das schmutzige terroristische Spiel der militärischen Supermacht gegen Cuba weiterhin mit. Zudem verletzt die Bundesregierung und ihre Mitglieder das Grundgesetz (Präambel und Artikel 26) und ihre jeweils persönlich abgelegten Amtseide.

